

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen (F/010/2020)

am Montag, 4. Mai 2020,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Dr. Peter Lames

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger

Johannes Lichdi

Anja Osiander

Michael Schmelich

CDU-Fraktion

Dr. Hans-Joachim Brauns

Peter Krüger

bis 17:30 Uhr

Fraktion DIE LINKE.

Magnus Hecht

Tilo Kießling

André Schollbach

Fraktion Alternative für Deutschland

Wolf Hagen Braun

Dr. Silke Schöps

Alexander Wiedemann

SPD-Fraktion

Dr. Viola Vogel

FDP-Fraktion

Christoph Blödner

Fraktion Freie Wähler Dresden

Jens Genschmar

Stellvertretende Mitglieder

Mario Schmidt

Vertretung für Frau Heike Ahnert

Abwesend:

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Verwaltung:

Frau Klepsch	GBL 4
Frau Möckel	AL Amt 20
Herr Wolff	Amt 20
Herr Fücker	AL Amt 40
Herr Rümpel	AL Amt 37
Frau Haacke	Amt 37
Herr Ferl	Amt 66
Frau Schöps	Amt 66
Frau Hentschel	GB 7
Frau Stanislaw-Kemenah	GLB

Gäste:

Herr Weller	SZ
Herr Buchmann	MoPo
Herr Baumann-Hartwig	DNN
Herr Plötze	Bürger
Frau Wendrich	Bürgerin

Schriftführer/-in:

Frau Kaufmann	Amt 15, SG Stadtratsangelegenheiten
---------------	-------------------------------------

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 1 | Bericht zur Haushaltsverfügung vom 21. April 2020 | |
| 2 | Evaluierung der Schlüsselprodukte in der Landeshauptstadt Dresden mit Wirkung ab dem Haushaltsplan 2021/2022 | V0175/19
beschließend |
| 3 | Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen für die "Quellsanierung im Bereich der ehemaligen Wäscherei Schoof Lockwitzbachweg 19" | V0333/20
beschließend |
| 4 | Annahme und Verwendung einer Geldspende von SG Dynamo Dresden e. V. für das Städtische Klinikum Dresden | V0339/20
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|--|---|
| 5 | Übernahme von Annex Tätigkeiten durch die WiD Wohnen in Dresden GmbH & Co. KG | V0162/19
beratend
(federführend) |
| 6 | Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses der Landeshauptstadt Dresden | V0032/19
beratend
(federführend) |
| 7 | Neubau Rettungswache Leuben, Zamenhofstraße/Pirnaer Landstraße | V0251/20
beratend
(federführend) |
| 8 | Fortführung von Projekten und Strategien aus der Bewerbung "Kulturhauptstadt Europas 2025" | V0193/19
beratend |
| 9 | Gesamtsanierung und Erweiterung 76. Oberschule, Merbitzer Straße 9 in 01157 Dresden | V0178/19
beratend |
| 10 | Direktvergabe von Leistungen an die Stadtreinigung Dresden GmbH | V0312/20
beratend |
| 11 | Hinweise zur Anwendung von Fachförderrichtlinien in der Landes- | V0341/20 |

	hauptstadt Dresden (FFRL LHD) im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie	beratend (federführend)
12	Rahmenrichtlinie der Landeshauptstadt Dresden (RRL LHD) als Grundlage für die Erarbeitung von Fachförderrichtlinien und damit verbundenen Zuwendungen an Dritte	V2850/18 beratend (federführend)
13	Gewährung von Parkerleichterungen im Rahmen der Durchführung von Handwerksdiensten mit Kundendienstfahrzeug/Werkstattwagen in der Landeshauptstadt Dresden	A0015/19 beratend
14	Digitalisierung in Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten	A0028/20 beratend
15	Stromsperren verhindern	A0032/20 beratend
16	Verwaltungszentrum Ferdinandplatz – Moratorium Wettbewerblischer Dialog	A0033/20 beratend (federführend)
17	Stauseebad Cossebaude langfristig sichern	A0045/20 beratend
18	Regelkonformes Handeln, Transparenz und Rechtssicherheit - Erarbeitung einer Compliance-Richtlinie für die Landeshauptstadt Dresden	A0054/20 beratend
19	Ein Dresdner Bildungsticket für monatlich 15 € für Alle!	A0621/19 beratend
20	Informationen/Sonstiges	

öffentlich

Einleitung:

Der Vorsitzende, Herr **BM Dr. Lames**, begrüßt die Gäste, die Vertreter der Verwaltung und die Mitglieder des Ausschusses. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Ladung fest und eröffnet die Sitzung.

Er teilt folgende **Vertagungen** mit:

TOP 5 (V0162/19)	Wohnbeirat noch ausstehend
TOP 6 (V0032/19)	Informationsveranstaltung vorher
TOP 11(V0341/20)	erledigt, vom Stadtrat bereits beschlossen
TOP 12 (V2850/18)	Vertagung im Ausschuss AV

Herr **StR Lichdi** bittet die Verwaltung zur Vorlage V0162/19 (TOP 5) zu prüfen, ob ein Stadtratsbeschluss dafür ausreichend sei oder ob eine Änderung des Gesellschaftsvertrages erforderlich wäre.

Herr **BM Dr. Lames** sagt eine Prüfung zu.

Herr **StR Schmelich** und Herr **StR Krüger** geben als Einreicher folgende **Vertagungen** bekannt:

TOP 15 (A0032/20)	TOP 17 (A0045/20)
TOP 19 (A0621/19)	TOP 18 (A0054/20)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so veränderte Tagesordnung wird bestätigt.

1 Bericht zur Haushaltsverfügung vom 21. April 2020

Herr **BM Dr. Lames** informiert anhand einer Präsentation über die haushaltswirtschaftliche Sperre im Zuge der Corona-Pandemie in der Landeshauptstadt Dresden und gibt einen Ausblick auf den Haushalt 2021/2022 (siehe Anlage).

Herr **StR Schmelich** empfindet die Darstellung als sehr optimistisch, insbesondere bei der Ausgabenentwicklung. Er fragt, was aufgrund der sehr unsicheren Situation für einen Doppelhaushalt spreche. Die Einbußen bei der Gewerbesteuer seien im Vergleich zu Leipzig auch sehr optimistisch eingeschätzt worden.

Der Jahresabschluss 2019 sei als positiver Ausgangspunkt genommen worden, jetzt sei jedoch beschlossen worden, dass die Unternehmen Verlustrückträge aus 2020 auf 2019 vornehmen

können, sodass eingenommene Gewerbesteuern zurückgezahlt werden müssten. Er fragt nach einer Einschätzung dazu.

Herr **BM Dr. Lames** antwortet, wenn es so wäre, würde dies im Jahr 2020 und folgende abzurechnen sein. Das Thema bewege sich in der Prognose noch in Unschärfen. In Dresden sei eine proportionale Schätzung vorgenommen worden, es gebe hier auch deutlich weniger Automobilindustrie als in Leipzig. In der Frühjahrsprognose der Bundesregierung werde von einer Schrumpfung von 6,3 Prozent ausgegangen, das werde voraussichtlich auch Grundlage der Steuerschätzung sein. Zur nächsten Sitzung werde die Steuerschätzung vorliegen, dann werde ein weiterer Bericht folgen. Er glaubt nicht, dass sich an der wesentlichen Tendenz und der Notwendigkeit einer bundes- und landesweiten kommunalen Hilfe etwas ändern werde.

Zum Thema Doppelhaushalt teilt er mit, dass die Stadt in jedem Fall fünf Jahre in der mittelfristigen Planung betrachten müsse. Die Frage, ob das zweite Jahr als Haushaltsjahr geplant werde oder nicht, sei nicht maßgeblich. Anhand der Modelle werde eine gewisse Prognosesicherheit im Laufe weiterer Steuerschätzungen gewonnen werden können. Die Vorteile eines Doppelhaushaltes zeigen sich auch darin, dass sich die Verwaltung mehr mit ihren inhaltlichen Aufgaben beschäftigen könne, wenn nicht permanent Haushaltsplanung erfolgen müsse. Für Menschen, die auf Leistungen aus dem städtischen Haushalt angewiesen seien, sei es von großer Bedeutung zu wissen, ob sie diese Leistungen über ein oder zwei Jahre werden bekommen können. Wenn sich irgendwann überwiegende Erkenntnisse ergeben, dass nur für ein Jahr geplant werden sollte, dann sei es leicht, das zweite Jahr abzukoppeln und als mittelfristige Planung zu betrachten.

Herr **StR Schollbach** bemerkt, die Auswirkungen der gegenwärtigen Situation für die Landeshauptstadt Dresden und die Dramatik der finanziellen Auswirkungen werde nicht unwesentlich davon abhängen, in welchem Umfang der Freistaat Sachsen Finanzmittel für den kommunalen Bereich zur Verfügung stelle. Er fragt, wann mit einer Entscheidung auf Landesebene gerechnet werde, in welchem Umfang der Freistaat Sachsen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen werde. Für die internen Haushaltsdebatten müsse Klarheit darüber herrschen, um die Planungen danach ausrichten zu können.

Herr **BM Dr. Lames** teilt mit, dass dazu Gespräche laufen. Die Landeshauptstadt Dresden sei daran nicht beteiligt, das laufe auf der Ebene des SSG, wo dann auch eine regelmäßige Information erfolge. Unklar sei noch, welcher Bereich erfasst werde, nicht nur 2020, auch die folgenden Jahre müssen mit betrachtet werden. Aus Gesprächen habe er mitgenommen, dass bekannt sei, wie dringend parallel zu den Haushaltsplanungen die entsprechenden Ergebnisse benötigt werden.

Es werde künftig darum gehen, dass jeder seinen Beitrag leisten müsse, dazu werde beispielsweise gehören, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst erstmal keine Gehaltssteigerungen und Bürger die eine oder andere Leistungseinschränkung haben werden. Dazu gehöre auch, dass der Freistaat Sachsen Hilfen zur Verfügung stelle. Er denke, ein Pakt für kommunale Finanzen oder ein kommunaler Rettungsfonds, in den sich beide einbringen, werde erforderlich sein.

Herr **StR Krüger** möchte wissen, welche Auswirkungen die derzeitige Haushaltssperre im Hinblick auf die großen Haushaltsausgabereise haben werde. Weiterhin frage er, welche Vorteile für

eine einjährige Haushaltsplanung sprechen würden. Die Erstellung binde erhebliche personelle und materielle Ressourcen in der Verwaltung.

Herr **BM Dr. Lames** sieht die Vorteile eines Doppelhaushaltes als überwiegend an, so lange wie möglich werde versucht, den Doppelhaushalt zu planen.

Es gebe die Vorlage zur Übertragung investiver Budgetreste in die Folgejahre; damit werde geprüft, was noch benötigt werde und wo Abstriche möglich seien. Die Haushaltssperre umfasse auch noch nicht begonnene Investitionen mit und mache sie von der ausdrücklichen Freigabe abhängig, weil eine noch nicht begonnene Investition in ihrem Ablauf erhebliche Eigenmittel binde. Das müsse gemeinsam mit den Geschäftsbereichen und gegebenenfalls auch mit Stadtratsentscheidungen neu sortiert und priorisiert werden.

Herr **StR Lichdi** fragt, welche Einsparungen durch die Haushaltssperre erwartet werden. Die Schulbauinvestitionen sollen um zwei Drittel sinken. Er möchte wissen, was vom Freistaat Sachsen als Minimum/Optimum erwartet werde. Es sei wichtig, auch in der Krise weiter zu investieren. Er fragt, in welcher Höhe weiter investiert werden müsste, um die Wirtschaft wieder anspringen zu lassen.

Weiterhin möchte er wissen, welche Bedeutung dies für die in der Hauptsatzung verankerte Schuldenbremse haben werde und welche Möglichkeiten es gebe, daran etwas zu ändern, und ob dies auf die Corona-Folgen begrenzt werden könne.

Hinsichtlich eines Nachtragshaushaltes bemerkt er, es gebe ein demokratisches Steuerungsproblem, der Stadtrat möchte an den Entscheidungen beteiligt werden. Er fragt nach den Vorstellungen der Verwaltung, den Finanzausschuss oder den Stadtrat nachhaltig, zielgerichtet und wirksam in die Entscheidungen einzubinden.

Herr **BM Dr. Lames** meint, mit der heutigen Berichterstattung sei ein intensiveres Gespräch begonnen worden, das solle auch fortgesetzt werden. Bei der Aufstellung eines neuen Haushaltes werden weitere Debatten folgen. Es gebe eine klare Rechtslage mit dem § 30 der kommunalen Haushaltsverordnung, der ein klares und deutliches Verfahren vorgebe. Demnach liege die Zuständigkeit beim Fachbediensteten für Finanzwesen, der Stadtrat könne sich über dieses Votum hinwegsetzen.

Das Neuverschuldungsverbot stehe nicht im Kern der Probleme, er sieht die Lösung in der Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen. Er setzt darauf, dass die Krise unter Erhaltung dieses Verbotes gemeinsam mit dem Freistaat und dem Bund bewältigt werden könne.

Die Budgetvorgaben im Haushalt seien sehr hart und zwingen zu einer Konzentration auf das Wesentliche. Nun müsse geprüft werden, wie die Ämter damit umgehen und wie eingefahrene Denkmuster auch überwunden werden können. Er kann im Moment nicht beziffern, welcher Betrag mit der Haushaltssperre erwartet werde, die fehlenden knapp 200 Mio. Euro für 2020 seien jedoch mit keiner Haushaltssperre zu erwirtschaften. Die Einsparungen sollen so erfolgen, dass keine Strukturen zerschlagen werden, die nach der Krise dringend benötigt werden, diese Abwägungen seien nun zu treffen.

Herr **StR Schmelich** konstatiert, den Vorgaben nach sollen im nächsten Jahr 120 Mio. Euro weniger ausgegeben werden, damit werde in die Krise hineingesparrt. Diesen Konflikt sieht er noch nicht aufgelöst, wenn immer nur auf die verfassungsrechtliche Verantwortung des Freistaates hingewiesen werde. Vielmehr müsse es einen Plan B geben, der recht schnell vorgelegt werden müsse. Die Hoffnung, ohne Kredite auszukommen, bezeichnet er als schwierig. Er erachtet es als problematisch, wenn im Investitionsbereich so deutlich nachgelassen werde.

Einer der größten Posten im Haushalt seien die Personalkosten, nun solle es keine Ausweitung dieser Kosten geben. Er fragt, ob auch in diesem Bereich an Einsparungen gedacht werde.

Herr **BM Dr. Lames** antwortet, wenn Haushalts sicherungskonzepte folgen, dann stehe dieses Thema auf der Tagesordnung, neu geschaffene Stellen würden wieder gestrichen werden. Er erinnert, im Stadtrat sei die mangelhafte Personalausstattung kritisiert worden.

Einen Plan B vorzulegen, bezeichnet er als schwierig. Dresden sei die erste Großstadt, die diese Zahlen vorlege, die mit der groben Berechnung der Erwartungen auf einer schwierigen Grundlage basieren.

Es sei nicht abwegig, in den künftigen Tarifverhandlungen darüber zu sprechen, auch im TVÖD eine Absenkung zu erreichen. Das sei eine denkbare Variante, die jedoch auf Bundesebene entschieden werden sollte, weil es dann auch automatisch auf die Beamten übertragen werde. Er erinnert, dass sich die Verwaltung erst in den vergangenen sechs Wochen mit dieser Krisensituation befasst habe, sodass noch nicht alles ausdiskutiert sein könne.

Herr **StR Kießling** erachtet den Vergleich mit der Finanzkrise als spannend, vor allem, wenn man die Unterschiede betrachte. Damals habe man es geschafft, die zu erwartenden Folgen in der Diskussion so abzubilden, dass es keine strukturellen Einschnitte gegeben habe. Es gelte jetzt auch eine allgemeine Erwartung, irgendwann wieder auf dem Vor-Krisen-Niveau zu sein.

Es erscheine ihm durchaus wesentlich zu sein, auch jetzt keine Strukturen zu zerschlagen. Ein Wegfall von Leistungen für Bürger müsse gesteuert werden, weder die Haushaltssperre noch diese Budgetvorgabe lassen einen Blick auf diese Steuerung positiv erscheinen. Die Haushaltssperre sei so umfassend, dass die unteren Verwaltungsebenen vor Problemen stehen, die sie nicht allein lösen können. Er nennt als Beispiel die Bescheidung von Anträgen im Sportbereich, die sich angestaut habe. Manche Vereine haben einen Bescheid erhalten, andere nicht, obwohl alle rechtzeitig beantragt haben. Er fordert Herrn BM Dr. Lames auf, im Zweifel auch gemeinsam mit dem Stadtrat, die Haushaltssperre dringend nachzubessern, dass die negativen unverhältnismäßigen Effekte so schnell wie möglich beseitigt werden.

Bei den Budgetvorgaben verhalte es sich ähnlich. Diejenigen die jetzt schon am meisten unter der Krise leiden, seien dann wieder diejenigen, die von den Problemen durch die Kürzung betroffen sein werden. Bei einer 12-prozentigen Kürzung der Budgetvorgaben werden jedoch zwingend Strukturen zerschlagen werden müssen. Es müsse bei der Diskussion um die Budgetvorgaben darauf geachtet werden, dass keine Einrichtungen geschlossen werden müssten, wenn andere Maßnahmen es auch getan hätten. Seine Fraktion werde sehr genau darauf achten, wer in der Dresdner Bevölkerung am Ende die finanziellen Lasten wie zu spüren bekommen werde.

Herr **BM Dr. Lames** bemerkt, dass sehr differenziert geprüft und nicht pauschal gekürzt worden sei. Das sei jetzt die Grundlage für einen Dialog mit den Geschäftsbereichen. Im nächsten Schritt erfolgen dann die Debatten in den Gremien. Jetzt sei die Phase, wo die einzelnen Geschäftsbereiche zunächst den Umgang mit der Haushaltssperre sortieren. Beispielsweise in der Sportförderung werde geprüft, welche Leistungen als unabweisbar betrachtet werden.

Frau **StRin Osiander** bedankt sich für die umfassende und frühzeitige Transparenz, die ein Mitdenken ermögliche. Auf Folie 16 der Präsentation werde dargestellt, wie sich die Einnahmen 2020 entwickeln werden (Mindereinnahmen ca. 200 Mio. Euro). Auf Folie 19 werde im Gesamthaushalt das Jahr 2020 dargestellt, da sei ein fast ausgeglichenes Ergebnis zu erkennen. Sie fragt, ob die Corona-Folgen schon mit enthalten seien oder ob dies der Plan vor Corona sei.

Herr **BM Dr. Lames** antwortet, es handle sich um die Ursprungsplanung mit den fortgeschriebenen Ansätzen.

Herr **StR Dr. Brauns** bemerkt, die einzelnen Geschäftsbereiche haben nun die Aufgabe zu prüfen, was sie sich noch leisten können. Er fragt, ob es eine Orientierung, also bewertete Maßgaben an die Geschäftsbereiche gebe oder ob es den Geschäftsbereichen überlassen werde, wie sie sich aufstellen.

Herr **BM Dr. Lames** antwortet, es gebe eine gewisse Maßgabe, welche in dem Schreiben enthalten sei, das auch den Fraktionen übermittelt worden sei. Der Maßstab für den Beginn von Investitionen sei ein wenig weicher formuliert worden als der Maßstab für die konsumtiven Ausgaben. Anhand der vorliegenden Aufgaben werde gemeinsam mit den Geschäftsbereichen in einem Dialog die Abwägung unter Einbeziehung der Rechtsaufsicht erfolgen. Das Defizit von diesem Jahr werde in den kommenden Jahren abgearbeitet werden müssen.

Herr **StR Böhm** bezieht sich auf die Ergebnisse der TWD, der DVB, der Bäder etc. und fragt, ob dort weitere Zuschüsse der Stadt erforderlich sein werden.

Die vorliegenden Zahlen sprechen dafür, dass dieser Verbund in diesem Jahr noch halten werde, so Herr **BM Dr. Lames**. Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden.

Herr **StR Genschmar** wirft die Frage auf, ob TOP 8 aufgrund der Haushaltssperre auch von der Tagesordnung genommen werden müsste. Die finanziellen Auswirkungen seien in der Vorlage nicht erkennbar.

Aus diesem Grund sieht Herr **BM Dr. Lames** kein formales Hindernis, die Vorlage zu beraten, weil keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen zu erwarten seien.

Auf Nachfrage von Herrn **StR Lichdi** teilt Herr **BM Dr. Lames** mit, dass er über die Steuerschätzung, die Haushaltsverfügung sowie über die weitere Entwicklung zur nächsten Sitzung des Ausschusses im öffentlichen Teil berichten werde.

Herr **StR Schmelich** bemerkt, die Anträge auf Reduktion der Vorauszahlung der Gewerbesteuer können sowohl bei der Stadt als auch bei den Finanzämtern gestellt werden. Er fragt, wann gesicherte Erkenntnisse vorliegen, wie viele Minderungsanträge zum nächsten Termin der Steuerschätzung am 14. Mai 2020 vorgelegt haben.

Das Volumen der Anträge werde in die Berichterstattung zur nächsten Sitzung mit aufgenommen, sagt Herr **BM Dr. Lames** zu.

2 ***Evaluierung der Schlüsselprodukte in der Landeshauptstadt Dresden mit Wirkung ab dem Haushaltsplan 2021/2022*** **V0175/19
beschließend**

Frau **Möckel** stellt die Vorlage kurz vor und beantwortet eine Nachfrage von Herrn **StR Blödner** nach den Kriterien, wonach die Schlüsselprodukte ausgewählt worden seien. Demnach habe sich die Kämmerei an den Produkten orientiert, wo große Finanzvolumina dahinterstehen, wo Schwerpunkte im Haushalt gesetzt worden seien und wo Ämter aus ihrer Sicht die ihnen wichtigen Schlüsselprodukte ergänzt bzw. andere herausgestrichen haben.

Frau **Möckel** beantwortet eine Detailfrage von Frau StRin **Dr. Vogel** zum Städtischen Klinikum, es handle sich dabei um Verrechnungsbeträge für Leistungen, welche die Stadt für das Klinikum erbringe.

Herr **BM Dr. Lames** fügt hinzu, durch den entstehenden Zuschussbedarf sei das Städtische Klinikum jetzt als Schlüsselprodukt mit vorgesehen worden, weil es eine erhebliche finanzielle und auch politische Bedeutung habe.

Herr **StR Schmelich** merkt an, dass es im letzten Haushalt in einigen Bereichen weniger Transparenz und eine daraus resultierende Unzufriedenheit gegeben habe. Er fragt, was eine weitere Reduzierung der Schlüsselprodukte für die Haushaltstransparenz bedeute. Weiterhin möchte er wissen, ob eine Beschlussfassung heute erforderlich sei oder ob dies in drei Wochen ausreichen würde.

In drei Wochen würde ein Beschluss ausreichen, danach werde es schwierig, so Frau **Möckel**.

Herr **StR Schmelich** stellt einen **GO-Antrag auf Vertagung**.

Es gibt keine Gegenrede. Herr **BM Dr. Lames** bringt den **GO-Antrag auf Vertagung** zur Abstimmung.

Abstimmung: **12 JA, 0 NEIN, 4 Enthaltungen**

Ergebnis: **Zustimmung**

Herr **StR Kießling** bittet darum, die Veränderungen bei den Schlüsselprodukten bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu begründen.

Herr **BM Dr. Lames** sagt zu, die Begründungen nachzuliefern und bittet darum, die Punkte konkret zu benennen, wo Begründungen gewünscht werden.

Er betont, dass der Haushalt ein sehr transparentes Werk sei, welches mit großer Sorgfalt erstellt worden sei. Die Darstellung von Schlüsselprodukten in einem zusätzlichen Band wäre nicht Transparenz im Sinne von Konzentration auf das Wesentliche, sondern ein größerer Aufwand in der Darstellung, der Abrechnung und der Bearbeitung.

Herr **StR Kießling** erklärt, die Vorlage schlage Änderungen vor, die nicht nachzuvollziehen seien. Er werde die konkreten Punkte benennen, deren Beantwortung jedoch rechtzeitig vor der nächsten Sitzung vorliegen sollte.

Die Vorlage wird vertagt.

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 3 | <i>Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen für die "Quellsanierung im Bereich der ehemaligen Wäscherei Schoof Lockwitzbachweg 19"</i> | V0333/20
beschließend |
|----------|--|----------------------------------|

Eine Vorstellung der Vorlage ist nicht erforderlich, es gibt keine Fragen dazu.

Herr **BM Dr. Lames** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

1. *Der Ausschuss für Finanzen beschließt im Haushaltsvollzug 2020 die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 3.499.565 Euro für die Maßnahme „Quellsanierung im Bereich der ehemaligen Wäscherei Schoof Lockwitzbachweg 19“.*
2. *Die Deckung erfolgt in Höhe von 3.499.565 Euro durch Fördermittel aus dem Förderprogramm „Inwertsetzung von Brachen“.*

Abstimmung: **16 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen** **Ergebnis:** **Zustimmung**

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 4 | <i>Annahme und Verwendung einer Geldspende von SG Dynamo Dresden e. V. für das Städtische Klinikum Dresden</i> | V0339/20
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Eine Vorstellung der Vorlage ist nicht erforderlich. Herr **BM Dr. Lames** beantwortet eine Nachfrage von Herrn **StR Blödner**.

Herr **BM Dr. Lames** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen ist beschließend tätig.

Beschlussvorschlag:

*Der Ausschuss für Finanzen beschließt und erklärt die Zustimmung zur Annahme und die Verwendung der am 3. April 2020 auf dem Spendenkonto der Landeshauptstadt Dresden eingegangenen Geldspende in Höhe von 15.000 Euro von der SG Dynamo Dresden e. V.
Die Spenderin beabsichtigt mit dieser Spende den Einsatz der Pflegekräfte im Städtischen Klinikum in der Zeit der Pandemie zu würdigen.*

Abstimmung: 16 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen**Ergebnis: Zustimmung**

Weitere Tagesordnungspunkte werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Dr. Peter Lames
Vorsitzender

Elke Kaufmann
Schriftführerin

Johannes Lichdi
Stadtrat

Alexander Wiedemann
Stadtrat

Anlage